

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 17. Oktober 2025



**In dieser Ausgabe**

**Aktivrente**

**Neuer Wehrdienst**

**Neugründung des  
Parlamentarischen  
Tafel**

**Terminvorschau:  
Delegationsreise nach  
Usbekistan**

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit Blick auf den Europäischen Rat am 23. und 24. Oktober in Brüssel hat Bundeskanzler Friedrich Merz vor dem Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben. Auf der Agenda des Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, des Präsidenten des Europäischen Rates und der Präsidentin der EU-Kommission werden Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung durch die EU eine Rolle spielen. Auch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten werden ebenso Thema sein.

Die Zunahme von Drohnensichtungen über kritischer Infrastruktur wie Flughäfen, Kraftwerken oder Krankenhäusern muss uns davor warnen, die von Russland und anderen autoritären Staaten ausgehende hybriden Bedrohungen zu unterschätzen. In einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Bedrohungslage Deutschlands ernst nehmen“ haben CDU/CSU und SPD auf die Einschätzungen der Chefs der deutschen Nachrichtendienste in der Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums aufmerksam gemacht und verdeutlicht, dass wir uns mit Blick auf die russische Bedrohung keine Illusionen mehr machen dürfen.

Weitere Schwerpunktthemen waren die Debatte über den neuen Wehrdienst sowie die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Stärkung der Betriebsrenten.

Mehr zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de).

Alles Gute



Ihr Hermann Färber

Rentner sollen künftig – ab dem 01.01.2026 – bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen können. Damit will die unionsgeführte Koalition auf zwei Herausforderungen der Arbeitswelt eine Antwort geben: der alternden Bevölkerung und des Fachkräftemangels.

### Was genau ist geplant?

Der Steuerfreibetrag in Höhe von 2.000 Euro monatlich gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie nach Erreichen des regulären Renteneintrittsalters weiterarbeiten. Weil das Renteneintrittsalter sich bis 2030 noch jedes Jahr um zwei Monate erhöht, ist diese Altersgrenze momentan nicht für jeden gleich.

Beispiel: Wer 1960 geboren wurde, erreicht die Grenze mit 66 Jahren und vier Monaten. Wer 1964 geboren wurde erst mit 67.

Die Voraussetzung dafür, dass Rentner den Steuerbonus in Anspruch nehmen können, ist eine abhängige Beschäftigung. Weder Freiberufler noch Frührentner können die Aktivrente in Anspruch nehmen.



Bildquelle: Canva.

### Wie hilft die Aktivrente gegen Fachkräftemangel?

Fachkräfte, die das Rentenalter erreicht haben, sind in den Betrieben begehrt, denn diese langjährigen Mitarbeiter verfügen oft über dringend benötigte Fähigkeiten, Firmenwissen und Erfahrung. Diese können sie sowohl bei der Arbeit nutzen als auch an neue Mitarbeiter weitergeben.

Für die Angestellten allerdings lohnt sich eine Weiterbeschäftigung über das Rentenalter hinaus im Moment nicht. Denn von dem Einkommen, das sie zu den Altersbezügen hinzuverdienen, fließt bisher zu viel an das Finanzamt.

Mit der Aktivrente wäre also beiden Seiten – den Arbeitgebern und den Rentnern – geholfen.

### Worin besteht die Herausforderung einer alternden Gesellschaft?

Eine alternde Gesellschaft, in der immer weniger Arbeitnehmer für immer mehr Rentner zahlen, kommt irgendwann an ihre Grenzen, und es wird immer schwieriger, die Rentenkasse ausreichend zu füllen. Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in die Rentenversicherung würden das akzeptable Maß übersteigen. Das Ergebnis: Die Rentenbezüge würden schmaler.

Aus diesem Grund berät eine von der Koalition einberufene Kommission darüber, welche Reformen nötig sind. Mit der Aktivrente setzt die Koalition jedenfalls in einem ersten Schritt einen Anreiz, länger zu arbeiten.

Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Dieser Anspruch wird von Tag zu Tag wichtiger. Der Schlüssel dazu ist eine Bundeswehr, die ihren Auftrag erfüllen kann – strukturell, materiell und vor allem personell.

Aus diesem Grund haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, einen neuen Wehrdienst zu schaffen. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzesentwurf vorgelegt, worauf die Koalitionsfraktionen unmittelbar in die Beratungen eingestiegen sind. Fachpolitiker von CDU/CSU und SPD haben sich dieses Entwurfs angenommen. Vom Auftakt bei der Klausurtagung der geschäftsführenden Vorstände in Würzburg bis hin zum ausverhandelten Ergebnis in dieser Woche professionell, vertraulich und geprägt vom ehrlichen und kompromissbereiten Ringen um die bedarfsgerechte personelle Ausstattung der Bundeswehr.

Wie wir alle wissen, konnte hierzu die für Dienstag geplante Vorstellung des zwischen der CDU/CSU und der SPD geeinten Verhandlungsergebnisses nicht erfolgen. Grund war eine offenbar kurzfristige Intervention des Verteidigungsministers, die zu einer veränderten Lage innerhalb der SPD-Fraktion geführt hat.



Bildquelle: Canva.



### Das Verhandlungsergebnis im Überblick

Das Verhandlungsergebnis bildet ein Stufenmodell ab, das zunächst Freiwilligkeit vorsieht und gleichzeitig eine Bedarfswehrpflicht vorbereitet, wenn die Freiwilligkeit nicht ausreicht. Zur Erfüllung der NATO-Zusagen wurde ein verbindlicher Aufwuchspfad mit klaren Zielkorridoren für mindestens 260.000 Aktive und 200.000 Reservisten vereinbart. Einschließlich einer halbjährlichen Berichtspflicht des Verteidigungsministers gegenüber dem Parlament.

#### Konkret heißt das:

- Wir setzen zunächst auf Freiwilligkeit
- Reicht das nicht, folgen Musterung und intensive Ansprache. Aber noch keine Verpflichtung zum Wehrdienst.
- Wenn dann immer noch personelle Lücken bleiben, greift nach einem Gesetzesbeschluss die Bedarfswehrpflicht.
- Im Spannungs- oder Verteidigungsfall wird die allgemeine Wehrpflicht aktiviert.

#### Wie gehen wir weiter vor?

Grundlage der weiteren politischen Beratungen ist das zwischen den Fraktionen abgestimmte Verhandlungsergebnis. Wir haben uns darauf verständigt, die erste Lesung des Gesetzesentwurfs zur Modernisierung des Wehrdienstes in dieser Woche wie geplant durchzuführen. Danach steigen wir in die weiteren Verhandlungen ein.

Wir dürfen bei diesem Thema keine Zeit unnötig verstreichen lassen. Wir brauchen zeitnah eine tragfähige Lösung, die der aktuellen sicherheitspolitischen Lage gerecht wird. Der Gegner interessiert sich weder für Stichtage noch für Kabinetts-termine. Abschreckung entsteht nicht durch Zeitpläne, sondern durch Substanz – sprich: auch durch tatsächlich erreichte Personalstärken.

## ➤➤➤ NEUGRÜNDUNG DES PARLAMENTSKREISES TAFEL



Fotos: Büro Hermann Färber.

Am Donnerstag dieser Sitzungswoche fand die erste Sitzung des Parlamentskreises Tafel in der neuen Wahlperiode statt. Ich habe mich riesig gefreut, dass fraktionsübergreifend 24 Kolleginnen und Kollegen meinem Gründungsaufwurf gefolgt sind und im Parlamentskreis mitarbeiten wollen.

Im Mittelpunkt des Parlamentskreises steht eine wichtige Frage: Wie können wir mehr Lebensmittel vor Verschwendung retten? In unserer Wohlstandsgesellschaft landen nach wie vor zu viele genießbare Lebensmittel im Müll. Ein unerträglicher Zustand angesichts des Hungers, der in einigen Weltregionen noch nicht besiegt ist. Zu Bedenken ist auch der hohe Energieeinsatz für die Produktion von Lebensmitteln. Wenn wir unsere Lebensmittel effizient verwerten, ist das aktiver Klimaschutz – ohne mehr bezahlen zu müssen.

Bei den Tafeln leisten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer vorbildliche Arbeit, übrig gebliebene Lebensmittel bei Herstellern, im Handel und in der Gastronomie einzusammeln und an armutsbetroffene Menschen weiterzugeben. Im Parlamentskreis informierte die Tafel Deutschland e.V. über ihr neues Logistik-Konzept „Allianz für Lebensmittelrettung“. Der Vorsitzende Andreas Steppuhn erläuterte, wie in Zukunft mehr Lebensmittelspenden direkt bei den Herstellern gewonnen und dann bundesweit an die 974 Tafeln verteilt werden sollen.

Um eine leistungsfähige Logistik zu unterstützen, haben wir Abgeordneten im Bundeshaushalt 2025 die Förderung für die Tafeln erhöht. In den Beratungen für den Haushalt 2026 wird eine weitere Erhöhung geprüft.

## »»» DELEGATIONSREISE NACH USBEKISTAN

Am kommenden Sonntag reise ich in meiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat mit einer Ausschussdelegation zu Gesprächen nach Usbekistan. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf dem dortigen tiefgreifenden Wandel des Agrarsektors. Die Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes, jedoch leidet sie unter einem starken Wassermangel. Dies stellt nicht nur für den wirtschaftlich wichtigen Baumwollanbau ein Problem dar.



Bildquelle: Canva.

Auch in Deutschland wirken sich längere Trockenperioden und über die Jahreszeiten ungleichmäßig verteilte Niederschläge auf die Landwirtschaft aus. Fortschritte und Ansätze in Usbekistan könnten demnach auch hierzulande von Bedeutung sein.

Die Delegation trifft sich unter anderem mit dem usbekischen Landwirtschaftsminister und besichtigt landwirtschaftliche Projekte, die durch die Bundesregierung gefördert werden. Einen vertieften Einblick in die landwirtschaftliche Praxis erwartet der Ausschuss beim Besuch von Betrieben im Obst- und Gemüseanbau sowie der Tierhaltung. In der Agraruniversität Taschkent soll der Stand der Forschung zu nachhaltigen Verfahren diskutiert werden.

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)